



Ursprung: Dringlichkeitsantrag, Die Fraktion PIRATEN

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
19.09.2012	Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin

**Dringlichkeitsantrag
Die Fraktion PIRATEN**

Drucks. Nr: 0400/XIX

Opt-Out-Day in Tempelhof-Schöneberg

Die BVV möge beschließen,

Zum Opt-Out-Day am Donnerstag, den 20. September möge das Bürgeramt Tempelhof-Schöneberg eine Außenstelle vor dem Rathaus Schöneberg einrichten, die es den Bürgern ermöglicht, ihre persönlichen Erklärungen zum Widerspruch der Weitergabe ihrer Daten abzugeben.

Das Bezirksamt möge des weiteren den Opt-Out-Day zur Veranlassung nehmen, bürgerfreundliche sowie personal- und kostengünstige Abläufe zu entwickeln, wie innerhalb des gesetzlichen Rahmens auf den Bürgerämtern des Bezirks der Weitergabe von persönlichen Daten widersprochen werden kann, bzw. sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass derartige Abläufe entwickelt werden.

Das Bezirksamt möge diese Initiative durch ihre Pressestelle dafür nutzen, für den Bezirk zu werben.

Begründung:

Am kommenden Freitag, den 21. September, steht das neue Meldegesetz auf der Tagesordnung des Bundesrats; Grund genug, die Unzulänglichkeit des Bundestagbeschlusses auch auf Bezirksebene zu thematisieren und für die Bürger anschaulich zu machen, wie bürgerfeindlich es ist und welche personellen Belastungen für die Bezirksämter mit dem Meldegesetz einher gehen.

So ist der Ablauf des Widerspruchs unter den gegebenen Voraussetzungen derart konzipiert, dass mit dem Bürgeramt ein extra Termin vereinbart werden muss. Das bedeutet meist lange Wartezeiten. Daraufhin muss auf einem Formblatt der Datenübermittlung in vier Fällen, gemäß §27(2), §29(1) und §28a(2) Meldegesetz sowie §18(7) Melderechtsrahmengesetz widersprochen werden. Dieses Formular muss vor Ort unterschrieben und abgegeben werden. Darüber hinaus muss ein weiteres Formblatt zur Zustimmung zur Datenübermittlung ausgestrichen werden und ebenso vor Ort unterschrieben und abgegeben werden.

Das ist nicht nur eine unnötige Belastung für die Bäume sondern vor allem für die Nerven der Bürger sowie der Bezirksamtsmitarbeiter.

Auch wenn das Bezirksamt geringe Einflussmöglichkeiten hat, den gesetzlichen Missstand zu korrigieren, dass der Weitergabe von Daten persönlich widersprochen werden muss, so kann es doch wenigstens einen Hinweis geben und veröffentlichen, dass dieser Widerspruch auch im Zuge anderer Belange auf dem Bürgeramt erledigt werden kann.

Weiterführende Informationen zum Bundesweiten Optoutday hier: <http://www.optoutday.de/>

Berlin, den 19.09.2012

Herr Ickes, Michael
Die Fraktion PIRATEN

Abstimmungsergebnis:

beschlossen:	abgelehnt:	überwiesen:
--------------	------------	-------------